

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Abonnementpreis 10 Pfennig

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelheftpreis: 15 Pf. Nr. den am Höhe und Spitze 1 Mt. im Zeitl. Banknoten: Kreibitz bei Halle-Merseburg; Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenstraße 14

Abonnementpreis 10 Pfennig

Halle, Montag, den 19. Dezember 1932

12. Jahrgang, Nr. 293

Der Judaslohn für den Arbeiterverrat!

Wie die SPD-Führer die Arbeiterklasse verkaufen — Grzejnski, Severing und Braun in friedlichem Briefwechsel mit Schleicher und Bracht über die pünktliche Auszahlung ihrer Kiefenpensionen — Die Führer der „Eisernen Front“ pressen Schleicher-Retruten

Arbeiter! Schluß mit dieser Partei!

Als wir am 20. Juli die Aktionsslogane in die Betriebe schleuderten, als wir uns gegen den Staatsstreik Kapens in Preußen aufreisten, die Arbeiter zum Widerstand aufriefen und ein Bündnisangebot an die sozialdemokratischen Arbeiter machten, da beunruhigte die SPD- und Gewerkschaftsführung das mit müden Schimpfereien und Verleumdungen. Wir stellten damals sofort fest, daß die „Retruten“ der Severing und Braun gegen ihre Amtsenthebung nur leeres Gerede waren, daß

die Severing, Braun und Grzejnski weder kämpfen wollten noch konnten.

Sie mit goldenen Fäden an das bürgerliche Regime gebunden und gefesselt sind. Heute sind wir in der Lage, auch dokumentarisch nachzuweisen. In unseren Händen befindet sich der Briefwechsel zwischen dem gegenwärtigen Berliner Reichspräsidenten Schleicher und dem am 20. Juli abgelehnten Reichspräsidenten Grzejnski, dem früheren sozialistischen Ministerpräsidenten. Durch diesen Briefwechsel kommt zum Ausdruck, daß während die SPD gegen die Schleicher-Pläne die proletarischen Besten, die SPD, die Grzejnski, Severing und Braun in friedlichem Briefwechsel mit Schleicher und Bracht über die pünktliche Auszahlung ihrer Kiefenpensionen liehen. Wir sind in der Lage, diesen Briefwechsel nun an dieser Stelle zu veröffentlichen.

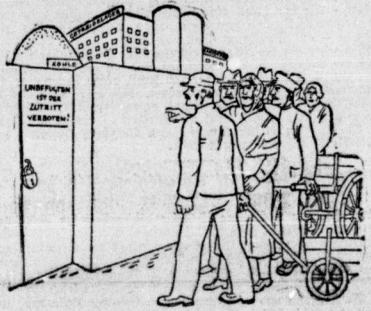
Zusammenhang damit stehen auch die Auseinandersetzungen im Parteivorstand der SPD und Reichsbannerführung der Arbeiterbewegung. Die Reichsbannerführung hat einen Pakt mit der Regierung geschlossen über die Eingliederung der Reichsbanner in die faschistischen, imperialistischen Pläne, die im „Kuratorium für Jugendberufshilfe“ verbunden sind. Sie leben den abgelehnten Pakt der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Schleicher der arbeitenden Massen zur Kenntnis. Wir konnten mitteilen, daß der gegenwärtige Reichspräsident Schleicher-Kabinetts, der Verantwortliche für den

Unterstützungsabbau der Erwerbslosen, von den Gewerkschaftsführern als Ministerpräsidenten angesehen werden. Wir brechen das Schweigen der sozialdemokratischen Presse über die Vorgänge im Lager der Eisernen Front.

Sozialdemokratische Arbeiter! Wollt ihr dieser Politik noch länger zusehen? Gewerkschaftsmitglieder! Könnt ihr zulassen, daß man euch an die faschistische Regierung verkauft?

Wagt euch nicht länger für diese Politik mißbrauchen! Her zur roten Einheitsfront!

Beachtet morgen den „Klassenkampf“!



Zehntausende von Zentnern Kohle verwittern auf dem Kohlenhof von „Alwine“

Ein Mitarbeiter des „Klassenkampf“ sprach am Sonnabend mit mehreren Arbeitern und Funktionären der Grube „Alwine“. Diese erklärten u. a.:

„Zehntausende von Zentnern Kohle liegen teilweise seit 1928 auf dem Kohlenhof. Ein Teil ist in den 3-4 Jahren schon völlig zusammengeklüfft, er verfault und verwittert.“

Damit ist also der Beweis erbracht, daß riesige Mengen Heizmaterial zugrunde gehen, während in Halle und den umliegenden Orten Millionen in kalten Grubenwohnungen frieren.

Seit Freitag ist der Grubenbezirk von „Alwine“ durch Polizei geschützt, die beauftragt ist, darüber zu wachen, daß die vermittelnden Kohlenmörde der Grubenbarone im Interesse des Profits unangetastet bleiben.

Die Frierenden fordern erneut: Dehnung der Kohlenlager für die Bedürftigen! Die Hungernden fordern: Dehnung der Lebensmittelpreise!

Roter Sieg auf der Grube Ploek

Reformisten verlieren 5 von 7 Mandaten an die Rote Einheitsliste

Ploek, 18. Dezember.

Auf der Grube Ploek, der einzigen Steinkohlengrube im südlichen Bezirk, fanden heute die Betriebsratswahlen statt. Die altine Arbeit der Opposition wurde der alte Betriebsrat aus 7 reformistischen Vertretern bestand, unter Wahlen die Reformisten gewonnen. Die Reformisten verlor nun einen Erfolg der Roten Einheitsliste zu verzeichnen. Sie sind dabei auf einer Linie mit dem Unternehmer. Zunächst die Wahl auf 8 Tage vor Weihnachten auf einen Sonntag in das Betriebsgeleite. Die Wahl fand statt im Gasthaus „Man“ spezialisierte darauf, daß die Kampfs am einzigen Tag nicht von den verabschiedeten, teilweise weit entfernten nach Ploek tippen, noch dazu am „Goldenen Sonntag“ am, daß am Sonnabend, den 17. Dezember, eine Angelegenheit wurde, während letzter Sonnabends immer Feiertag waren. Ein Teil der Kampfs kam so erst nach Witterung heute. Man erwartete, daß sie dadurch nicht morgens noch wieder nach Ploek kommen.

Alle Spekulationen schlugen fehl. Die Rote Einheitsliste einen glänzenden Sieg durch. Es wurden abgegeben: Rote Einheitsliste 92 Stimmen (5 Mandate) Reformisten 44 Stimmen (2 Mandate)

Reformisten verloren also den Reformisten 5 Mandate abgenommen. Ergebnis ist ein Ausdruck des gesteigerten Kampfbewusstseins der Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie waren den ganzen Vormittag auf den Feiern, Kampfs zu mobilisieren und heranzuschleppen. Dadurch wurde die Schwindelbänder der Reformisten durchdrungen. Am Sonnabend noch die Behauptung ausstreuten, daß die Einheitsliste für ungültig erklärt worden sei.

Diese Wahl ist ein vielversprechender Auftakt für unsere Offensive zu den Betriebsrätem. Es ist gleichzeitig die erste Antwort einer Grube auf das Schleicher-Programm und den Schleicher-Kurs der Gewerkschaften.

Während der Wahlkampagne gelang es, 8 Aufnahmen für die KGD durch Kampfbundamaterien zu machen und eine Sammlung für die streikenden Kampfs in Koffeln durchzuführen.

SA meutert

(Eig. Drahtm.) Kassel, 19. Dezember.

In der SA Kassel ist am Sonntag eine größere Meuterei ausgebrochen. Der Sturm 5 und der Sturm Bette haben mit 600 SA-Leuten haben geschlossen ihren Austritt aus der Partei erklärt. Die unmittelbare Ursache dieser Meuterei liegt in der Nichterfüllung von Versprechungen die den SA-Leuten seitens der Führer gemacht worden sind. Der Sturmkommandantführer mußte aus finanziellen Schwierigkeiten 300 Zentner Kartoffeln, welche für die nationalsozialistische Winterhilfe gesammelt worden waren, verkaufen. Als der SA-Führer durch die Führung im Brauner Hause abgelehnt wurde, kam es zu einer offenen Meuterei. Diese spiegelt aber in Wirklichkeit die tiefe Verleugung in den Reihen der einfachen SA-Leute wider, die mit der offenen Schleicher-Politik des Braunen Hauses nicht einverstanden sind.

In Halle verdrückte sich Hitler nach kurzem Aufenthalt wieder. Es gab große Unzufriedenheit in der SA. Hunderte von Arbeitern hatten Hitler am Sonnabend mit „Rot Front“ und Niedertrufen begrüßt. (Näherer Bericht im lokalen Teil.)

Reformistenverrat in Halle

Einen schändlichen Betrug haben die Gewerkschaftsbürokraten an den streikenden Kraftfahrzeugfahrern verübt. Man hat ihnen bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit verschwiegen, daß die Unternehmer zur Bedingung gemacht haben, nicht mehr alle einzustellen. Natürlich bleiben die besten Kollegen auf der Straße. Unter den Streikenden und den jetzt auf diese Weise Gemeinhetzten herrscht eine ungeheure Empörung, die sich am Sonnabend im Gewerkschaftssaal in sehr erregter Weise Luft machte. Wir kommen darauf zurück.

Die „Opposition“ der SPD im Lichte des Herrn Albert Bergholz und des „Volksblatt“

F. Halle, 19. Dezember.

Für die Sozialdemokratie kann es dieser Regierung gegen über nur eines geben: laßliche, aber scharfe Opposition! — So schreibt Albert Bergholz am Freitag im „Volksblatt“. Bergholz hat sich zwar Tag um Tag feige um jede Neuerung gedrückt, über die Anhemmung Schleichers durch Weipart in dem Interim, das Weipart dem Vertreter des Partier „Exceller“ gewährte. Aber Bergholz ist auch wieder mutig — er macht „scharfe Opposition“. Aber wie diese Opposition beschaffen ist, das bringt er in demselben Artikel ein paar Zeilen weiter oben zum Ausdruck. Da schreibt er darüber, daß er während der Rede Schleichers den Gedanken nicht los wurde, daß dieser Mann mit seinen schmerndbürtigen Verbindungen den Sturz der Hermann-Müller-Regierung vorbereite, er meil er gegen deren Sozialpolitik war. Aber nachdem dieser letztere Fall ein mal eintrat, daß Albert Bergholz einen Gedanken hatte, was nicht Albert mit diesem „Gedanken“ für einen Schluß? Er schreibt:

„Aber wir wollen nicht lange über Vergangenes reden, wo das Land der Gegenwart uns in die erdrückende, das heißt, werden wir schon dem Schleicher das billige Sturz der Müller-Regierung. Wer wird ihm auch so etwas nachtragen. Oder wie Weipart sagte: „Schleicher ist gar nicht so schlimm, wie ihn sich viele vorstellen.“ — Er ist gar nicht so gefährlich, man kann ihn direkt tolerieren, er soll mal zeigen, was er kann.“ Denn, so schreibt Bergholz, in den nächsten Wochen und Monaten wird das Programm der Schleicher-Regierung die Feuertaube zu bestehen haben.“

Also, Arbeiter, seht zunächst ruhig zu, was Schleicher sein Programm durchführt, man wird schon sehen. Dabei trifft sich Albert Bergholz mit dem „Volksblatt“, das die „Opposition“ gegen Schleicher ähnlich aufweist wissen will und dem die „Sächsische Zeitung“ ins Stammbuch schreibt:

„Die Sozialdemokraten predigen zwar Kampf. Aber die freien Gewerkschaften haben zu viel Tüden in die Reichskasse geipen

Neues Verbot!

„Völkischer Volksblatt“ auf 5 Tage verboten

Verboten aus Erfurt: Der Oberpräsident der Provinz Thüringen hat die Erfurter kommunistische Tageszeitung „Völkischer Volksblatt“ auf 5 Tage verboten. Arbeiter parteiaktiv sind Partei und Briefe! Alarm in allen Betrieben und Schulen! Sendet Protestresolutionen und Delegationen zu allen öffentlichen Stellen, laßt Kampfbüchlein!

Massenstreik in der Tschechoslowakei

Widerständiger Soldatentumult im Koffinger Revier zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter

Prag, 16. Dezember. Nach dem Beschluß des Massenstreikkomitees haben alle Betriebe im Koffinger Revier zur Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter einen Generalstreik durchgeführt. Im angrenzenden Terezev haben in fast allen Betrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt und sich auf vier großen Kundgebungen versammelt. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes haben ihren Beschluß auf Teilnahme an dem Generalstreik nicht zurückgezogen, da sie durch ein großes Gendarmeneinsatzgebot zur Arbeit gezwungen wurden. In einem Metallbetrieb wurden die Arbeiter nicht aus dem Betrieb gelassen und der Betrieb von Gendarmen bewacht.

Außer den Betriebsarbeitern beteiligten sich an dem Generalstreik die Arbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.

Der französische Imperialismus erklärt:

Verfallener Vertrag bleibt unberührt

Eine Denkschrift der französischen Regierung zum Genfer Rüstungskompromiß

Paris, 16. Dezember. Wenige Tage genügt, um zu zeigen, daß das Genfer Rüstungskompromiß die Gegenseite unter den westlichen Staaten in keiner Weise abgeändert und das allgemeine System nicht angefaßt hat. Die Agentur Havas vertritt eine Antwort halbamtlichen Charakters auf die Aussagen, die von der deutschen Regierung seit dem Genfer Abkommen gegeben wurden. In dieser Antwort heißt es:

Das Abkommen der fünf Mächte läßt die Gleichberechtigung innerhalb eines allgemeinen Sicherheitsplans zu. Die Gleichberechtigung sowohl wie die Sicherheit seien aber Endziel und Hauptgegenstand der Konferenz. Wie die Durchführung der Gleichberechtigung zu handhaben sei, wird erst im Verlauf der Rüstungskonferenz festgestellt werden. Weiter erklärt die französische Regierung, daß die Genfer Entscheidung Folge in ihren wesentlichen Punkten der konkratischen Sicherheitsplan der französischen Regierung, von einer Revision des Verfallenen Vertrags keine Überhaupt keine Rede sein. Teil 5 dieses Kompromisses würde nicht aufgehoben werden, wenn das allgemeine Abkommen, das an seine Stelle treten soll, durch Unterzeichnung der Ratifizierung sämtlicher Unterzeichner des Verfallenen Vertrags rechtskräftig geworden sei. Das Genfer Abkommen enthalte Grundgedanken des französischen Sicherheitsplanes und der Erklärung des englischen Außenministers Sir John Simon.

Die Stellungnahme der französischen Regierung zum Genfer Kompromiß ist vollständig unsere Voraussetzung, daß das Genfer Abkommen das Verfallene Diktat noch verbleibt, wobei allerdings die Gegenseite zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus nicht abgeändert sind. Die letzten Erklärungen der Konferenz sind zu Recht zu begrüßen. Sie zeigen klar, daß der französische Imperialismus nach wie vor seine Politik der Rüstungspolitik verfolgt. Diese Gegenseite werden zu einer Verfestigung imperialistischer Rüstungskonflikte führen, verfestigen aber nicht die Gefahr, daß die deutsche Rüstungspolitik zur Erzeugung der Rüstungskonflikte ihre Dienste für die Antifranzosen der Verfallenen Mächte noch länger als bisher anbietet. Es erhofft sich das Genfer Abkommen als eine weitere Gewähr die Wertigkeiten Deutschlands und Frankreichs, deren gesamte Kraft allein das Verfallene Diktat vernichten und den imperialistischen und Kriegsstellungen der imperialistischen Welt ein Ende bereiten kann.

Nazis mit Schleier für Genfer Abkommen

Wah die Nazis bemühen sich, die Wertigkeiten über den Charakter des Genfer Abkommens zu betriegen, und es so

legieren hatten die Nazis geschlossen. In allen Schulen des Reiches führten die Hitlerjugend einen Schulstreik durch. Gegen den Terror im Elektrizitätswerk demonstrierte die Arbeiterklasse des Reiches dadurch, daß sie einen einseitigen Lichtstreik durchführte. In den vier Kundgebungen beteiligten sich gegen 5000 Personen. Überall wurden die Ausführenden der Vertreter der Zentralen Streikleitung und der Katen Gewerkschaften, wie auch der Vertreter der Kleinbauern und Gewerbetreibenden mit förmlichem Beifall quittiert. In der angemessenen Resolution wird die sofortige Ausrückung des Rohmaterials der Kohlenbarone gefordert und gedroht, daß, falls binnen einer Woche dieser Forderung nicht nachgegeben wird, der Marsch des ganzen Reiches nach Brünn organisiert wird. Überall wurden MassenDemonstrationen gewährt, die in den nächsten Tagen an den Behörden vorzusprechen werden.

darzustellen, als sei durch dieses Abkommen das Verfallene Diktat beseitigt. So schreibt der „Völkische Beobachter“ vom 16. Dezember in einer Betrachtung des Genfer Abkommens: „Trotzdem ist es richtig, daß Deutschland wieder nach Genf geht, nachdem es dort eigentlich als Sieger unter Gleichen (1) aufzutreten kann.“

„Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas“

Erklärungen des Genossen Perri in der französischen Kammer

Im Namen der kommunistischen Kammerfraktion gab der Genosse Perri folgende Erklärung zur Kriegsschuldfrage ab:

„Wir Kommunisten erklären hier: Die französischen schuldigen Völkern haben nicht unterliegen, sie haben nichts an Kriegsschulden an Amerika zu zahlen, sie haben den Krieg nicht gewollt, sie zahlen nicht!“

Der mit den 500 Millionen zur Unterstützung der Arbeitlosen in Frankreich! Wenn die amerikanische Regierung heute erklärt, daß das Kriegsschuldenabkommen zwischen ihr und Frankreich unanfechtbar bestehen bleibt und Frankreich zahlen muß, so führt sie nur dieselbe Sprache, die Frankreich seit 13 Jahren mit Deutschland führt.“

Massendemonstration der Erwerbslosen in Schweden

Stockholm, 17. Dezember. Gestern demonstrierten unter Führung der Kommunistischen Partei über 3000 Erwerbslose in Göteborg. Sie verlangten vom sozialdemokratischen Ministerrat eine besondere Arbeitsbeschäftigung von 60 Kronen je Mann, sowie Verteilung von Kleibern und Wäsche an die Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen.

nicht mehr als vier, fünf Menschen am Gespräch beteiligt, die übrigen hörten nur zu. Doch war auch das schon ein bedeutender Fortschritt.

In den folgenden zwei Wochen suchte ich jeden Tag den Tempel auf. Zuletzt nahmen mindestens zehn Bauern aktio am Gespräch teil, während die Zahl der Zuhörer bis auf vierzig stieg. Als ich eines Abends auf dem Rastplatzsaal, durch die Gemüthsarten ging, fiel mir auf, daß die Kaufleute, die mit unterwogen besetzten, mich unermüdet anhielten. Zu Hause erfuhr ich, daß viele Verwandte dagewesen und sich nach meinem Befinden erkundigt hätten. Alles dies kam mir recht sonderbar vor. Doch ließ das Rätsel sich nicht lange auf sich warten.

„Es war“ besser, Ihr biestet zu Hause, junger Herr!“ sagte mir einer anderer Tagelöhner. „Warum?“ fragte ich verblüfft. „Ja, die Leute meinen, Ihr hättet einen Kratz. Ihr solltet Euch auskurieren lassen.“

Damals lachte ich darüber. Später erfuhr ich, daß es die Bürger von Hai-Feng waren, die Gerüchte über meine Krankheit auspropagierten und zwar nicht ohne Erfolg. Selbst unter den Bauern schenkten manche diesen Gerüchten Glauben und wichen mir schon aus. Doch setzte ich meine Werbdarbeit fort.

Eines Tages führte ich den Bauern die Notwendigkeit, sich zu vereinigen, zu Gemüte.

„Wenn die Bauern sich vereinigen, werden sie eine Ermächtigung des Pädagogens durchsetzen können. Die Grundherren werden ihnen keinen Widerstand zu leisten wagen. Die Erpressungen, Bedrohungen, Willkürakte werden ein Ende finden.“

Da fiel mir ein alter Bauer ins Wort.

„Ich ja alles gekannt. Ja, wenn Du es bei Min-Che durchziehen kannst, daß er uns den rückfälligen Nachhins erlöst — dann werd' ich Dir glauben, daß Du uns nicht betrügst.“ (Min-Che, ein Verwandter von mir, war Kaufmann und Grundbesitzer.) Eben wollte ich ihm antworten, da mischte sich ein junger Bauer, der neben mir lag, ins Gespräch.

„Da hast Du aber unrecht, — sagte er zu meinem Segen gewandt. — Du bestest Min-Che's Kater. Wenn er Dir nun den Zins ermäßigt, so müßt das Dir allein, was habe ich denn aber davon? Ich bin ja nicht sein Pächter. Es geht also nicht darum, etwas zu erhitzen, sondern darum, ob wir uns organisieren können

Der erste kommunistische Bürgermeister in den Vereinigten Staaten

Minneapolis, 17. Dezember. In Crosby (Staat Minnesota) wurde zum ersten Male in den Vereinigten Staaten ein kommunistischer Bürgermeister gewählt. Der zum Bürgermeister gewählte Kommunist ist ein junger Bergarbeiter der dortigen Mangangruben. Crosby ist nämlich das Zentrum der Manganindustrie der Vereinigten Staaten.

Abwehr von Nazi-Streikbrechern im österreichischen Bergarbeiterstreik

Wien, 17. Dezember. Die Streiklage in Grünsbach hat sich durch die Streikbrecherwerbung durch Nazis und Heimweh verschärft. Am Mittwoch kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Ein Ueberfallauto hielt die ganze Nacht hindurch die Arbeiterkolonie besetzt. Das tatkräftige Vorgehen der Streikenden hat aber die Direktion vereinzelt, am folgenden Tage keine Streikbrecher mehr einzufragen zu lassen.

Kommunistische Zerlegung in der polnischen Armee

Neue Kerkerstrafen gegen Soldaten

Warschau, 16. Dezember. Immer häufiger werden die Prozesse gegen polnische Soldaten, die der kommunistischen Propaganda in der Armee angefallen sind. Nachdem erst kürzlich in Warschau ein solcher Prozeß stattgefunden hat, fanden jetzt vor dem Militärgericht in Polen sechs Infanteristen des 57. und 58. Infanterieregiments unter der Anklage kommunistischer Agitation. Das Militärgericht verhängte über die Soldaten ungewöhnliche Kerkerstrafen von 2 bis 6 Jahren.

Wenn wir uns nun gegen die Kriegsschuldenzahlungen aussprechen, so soll das nicht heißen, daß wir einen Unterschied machen zwischen Kriegsschulden und Reparationsleistung! Wir sind gegen die einen wie gegen die anderen, weil beide nur das schaffende Volk verfluchen und verarmen und die Finanzleute bereichern!

Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas! Wir fordern erstens die Annullierung aller Reparations- und Kriegsschuldenverträge und verlangen die 500 Millionen Franken zur Unterstützung der Arbeitslosen!

Neuer Aufstand gegen Japan in der Mandchurzei

Peking, 16. Dezember. Die Zeitung „Dabun-Pao“ teilt mit, daß an der südlichen Linie der sibirischen Ostbahn ein neuer Aufstand ausgebrochen ist. 6000 Aufständische hätten angeblich die Bahnstation Jaomyn an der südlichen Linie der sibirischen Ostbahn besetzt.

aber nicht. Es handelt sich nicht um Dich allein, sondern um uns alle, um die Mehrheit.“

Ich war sehr froh, als er den Affen abfanzelte. Ich fragte den Kurtschen nach seinem Namen und forderte ihn auf, mich abends zu besuchen. Er kam auch wirklich und wir unterhielten uns.

„Ich und die anderen Jungs“, sagte er, „wir streiten uns nach Ihren Reden jedesmal mit den anderen herum, die nichts von der Sache verstehen. Sie haben alle Angst, daß Sie bloß aufhören. Wir Jungs aber, wir stimmen Ihnen ja in allem bei.“

Ich fragte, wer die Jungs denn wären.

„Ich es sind viele da — Lin-Pei, Lin, Chuan, Li Lao-San, Li Yu-San — lauter gute Freunde von mir.“

„Da könnte man doch mal zusammenkommen und miteinander reden. Rauf und hole sie, ich werde unterdessen Tee kochen.“

„Wirb gemacht.“

Ich ludte Tee. Bald brachte Tschan-Ma-Min seine Freunde, lauter junge Bauern, kleiner aber drehtig, recht aufgeweckt in ihren Reden und Gedanken.

Wir machten es uns gemütlich, ich brachte das Gespräch über die Bauernbewegung und begann da, wo es mich am meisten zwickte.

„Tag für Tag gehe ich auf Werbdarbeit aus — und doch beachten die Bauern meine Worte nicht. Sie wollen nicht mit mir reden. Was ist da zu machen?“ wandte ich mich an die anderen.

„Der Grund“, erwiderte Lin-Pei, „ist, daß die Bauern keine Zeit haben, der andre — doch Ihr zu gelibbet redet, ich verstehe Euch bisweilen auch nicht. Und dazu habt Ihr keine guten Bekannten unter den Bauern. Das beste ist wohl, wir gehen mal abends zusammen hin, so sagen ihnen, wenn sie im Dorfe nicht wissen, wie sie ihre freie Zeit verbringen sollen. Ihr müßt Euch aber Mühe geben, recht einfach zu reden.“

Ich merkte, ich hatte es mit verständigen Leuten zu tun.

„Eines nach — sagten sie mit Nachdruck. „An die Religion dürft Ihr unter keinen Umständen rühren, wenn Ihr im Dorfe Propaganda treibt.“

Ich überredete den nicht.

„Wie wird es, wenn wir jetzt damit anfangen, einen Bauernbund zu bilden?“ fuhr Li-Lao-San fort.

(Fortsetzung folgt.)

Das Rote Hai-Feng

DER CHINESISCHEN

Wenn man sie bei ihnen entreiben könnte, das wäre schon ein Gewinn. Wenn man ihnen ein Maß Reis schuldig bleibt, möchten man gleich die Knochen kaputt schlagen und ins Gefängnis man auch. So geht's aber in der Welt: die einen tun nichts Reis essen, die anderen nichts als Reis pflanzen. Nun entweh, Herr... ich muß zum Markt!“

„Wie heißt Du denn, Alter?“ fragte ich noch schnell. „Wie ich heiße? Ich bin von hier, kommt doch noch mal rüber, Ihr Zeit habt.“

Ich merkte, er wollte mit seinem Namen nicht nennen und flehnte an.

Im Dorfe fand ich nur Frauen. Die Männer arbeiteten auf dem Feld. Mit den Frauen wollte ich kein Gespräch anfangen. Ich sah eine Zeitung ungeschlüssig umhergeschlendert war, ging ich nächste Dorf. Ich besuchte ihrer mehrere, jedoch ebenso erfolglos, wie tags vorher. Nur, daß ich doch einiges in meinem Kopf zu verzeichnen hatte. Für den nächsten Tag hatte ich einen Plan ausgedacht. Ich beschloß, halt ins Dorf zu gehen, den Kontaktpunkt des Verkehrs an der Kreuzung der Wege, die den Ort führten, aufzusuchen und dort Propaganda zu treiben. Ich — getan.

Am Morgen erreichte ich den Dorfplatztempel. Er liegt dicht am Dorf, die mehrere Bezirke mit der Stadt verbunden. Die Bauern pflegten vor dem Tempel zu rasten. Ich suchte ein Stück mit ihnen anzuknüpfen. Ich sprach von den Verhältnissen, die Leben so mühselig gestalten, davon, wie sie das drückende Schicksal übersehen. Ich führte Beispiele der grundherrlichen Ausbeutung an und machte den Bauern die Notwendigkeit, sich zu vereinigen, klar.

Am nächsten Tag sah ich zwei, drei Bauern ins Gespräch. Unmittelbar schloß sich mein Zuhörerkreis — es kam so etwas wie ein Meeting zustande. Halb ließen sich die Bauern, die mit mir überredeten, halb hielten sie im Zweifel. Altes waren

Deutschland, ... der zu schaffen ... Club ... von der P ... in Umschlag ... untereinander ... Post, Berlin N ... Pionier ...

Säuglingen wird noch die Milch entzogen

Ein ungeheuerlicher Beschluß in der Gemeinde Neumark — Kinder sollen zugrunde gehen

H.R. Neumark. Die Wohlthatenempänger, die bisher noch etwas Milch für die kleinen Kinder erhalten hatten, bekommen durch den Gemeindevorsteher folgende Mitteilung:

zu lassen. Die Unterführung reicht nicht aus, um Milch zu bekommen. Alles ist im Uebermaß vorhanden, auch Milch, die den Kindern soll das Letzte entzogen werden.

SPD-Arbeiter, Schluß mit den Vertretungsmandatären

H.R. Umsdorf. Auf Grund der ungeheuren Not der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner hat der Erwerbslosen-Ausschuß in Umsdorf folgenden Antrag auf Wiedereinstellung, an den Kreisrat zu stellen...

Zu einer Dringlichkeitsentscheidung gehören mindestens drei Unterziffern. Die Erwerbslosen beauftragen zwei parteiliche Genossen, die folgende dritte Unterziffer mit einem SPD-Vertreter zu holen...

Unter diesen Umständen der Erwerbslosen kann ich meine Unterziffer nicht geben, da dies ein kommunikativer Angelegenheitsantrag ist.

Das ist das wahre Gesicht der SPD! Die Vertretungen von Umsdorf, sowie die Erwerbslosen erkennen an diesem Beispiel den organisierten Verrat der SPD an den Interessen der Arbeiterschaft.

Solidarität mit den gefangenen Klassen Genossen

H.R. Wiebersdorf. In der letzten Monatsversammlung des Gelangvereins „Konfordia“ Wiebersdorf wurde folgende Entschließung angenommen: Die versammelten Mitglieder des Gelangvereins protestieren aus das höchste gegen das Todesurteil des Schwurgerichts Chemnitz gegen den Arbeiter Karl...

Rücklichtlos läßt die Kirche verteidigen

H.R. Hohenthurm. Anfang des Monats fand im hiesigen Orte eine Zwangsversteigerung bei einem kleinen Bauer statt. Gläubiger war die Kirche, die die Zwangsversteigerung wegen der rückständigen Zehnerzinsen des Kleinpachtes eingeleitet hatte.

Merseburg-Querfurt

Gelangverein kommt zur Kampfgenossenschaft

H.R. Scheubitz. Am 7. September 1932 trat der Gelangverein „Gemeinschaft der Erwerbslosen“ in Merseburg zur Kampfgenossenschaft über. Die Gausleitung des Gelangvereins ist in seiner Aufregung und verläßt mit allen Mitteln, die der Verein in jeder Weise zur Verfügung hat...

Weißenfels-Zeitz

Ein Hauswirt, der das Letzte nehmen will

H.R. Zeitz. Ein Ausbeuter schlimmerer Sorte ist der Kaufmann Otto Bernstein in Zeitz. Gneisenaustraße 20. Einen unverschämten in Not geratenen Mieter verlor er wegen rückständiger Miete in Höhe von 42 Mark. Das Gericht empfahl dem Hauswirt, sich mit dem Mieter über die Mietrückstellungen zu einigen...

Zweifellost will der Hauswirt verdrängen, den Mieter aus der Wohnung zu bringen. So geht das nicht! Auch der Hauswirt kann damit seine Lage nicht verbessern.

Wegen diesen Verdict steht Ihnen das Einpaarrecht innerlich zum Trotz, vom Tage der Aufstellung ab, bei der hiesigen Gemeindevorsteherin zu. Der Einpaar soll schließlich zu erfolgen. Wahrscheinlich ist das Kreiswahlbüroamt und der kleine Gemeindevorsteher von Neumark der Auffassung, daß es etwas Mühe und Kosten kosten wird. Wenn deshalb jetzt den Säuglingen der halbe Liter Milch fortgenommen wird und später wird ein Viertel Liter bemittelt, dann heißt wieder die Mühseligkeit mit dem „lastigen Kaffee“ zu prüfen.

Die Arbeiterkern sind nicht gewillt, die Kinder verhungern zu lassen. Die Unterführung reicht nicht aus, um Milch zu bekommen. Alles ist im Uebermaß vorhanden, auch Milch, die den Kindern soll das Letzte entzogen werden.

Ueberchutz aber kein Geld für Kinderspeisung

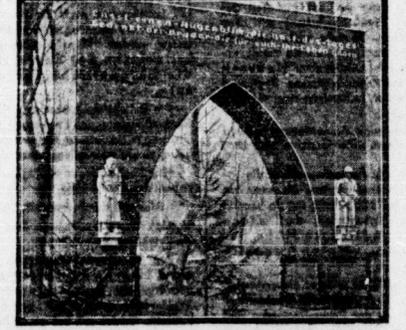
Wie sozialdemokratische Gemeindevorsteher sparen — Landrat Dr. Ucker diktiert Erhöhung der Magersteuer auf 500 Prozent — SPD-Arbeiter, kämpft in der roten Klassenfront!

H.R. Hue. Die Gemeindevorstellung steht sich zusammen aus neun Vertretern der SPD und drei Bürgerlichen. Die SPD hat keinen Vertreter. Es handelt sich um eine der ärmsten Industrie-Gemeinden, die aber trotz Not und Hunger noch Ueberzuschüsse zu erzielen vermocht.

Die Eltern der proletarischer Schulkinder hatten Barmittel-freiheit beantragt. Mit Mühe und Not wurden der Schule dann 40 M. zum Kauf von Schreibpapier bewilligt.

SPD und Bürgerliche für neue Steuerbelastungen

H.R. Eisleben. In der letzten Stadtratsversammlung wurde der Haushaltsvoranschlag für 1932, der mit einem Nettobetrag von 365.000 Mark abschließt, mit dem Stimmen aller übrigen Parteien, einschließlich der SPD, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.



Das „Ehrenmal“ in Eisleben, das viele tausende Mark gekostet hat. Die Kriegesopfer verkommen, die Wohlthatenverworsenen leben in größter Not, aber für denartige Zwecke ist immer genügend Geld vorhanden.

Hinnehmen den Steuererhöhungen zu, mit denen die Vertretung beauftragt werden und mit deren Hilfe der Magistrat hofft, die erforderlichen Mittel beschaffen zu können.

SPD-Arbeiter, kämpft mit den Kommunisten in roter Einheitsfront. Kämpft mit uns für die Winterhilfsforderungen. Her mit dem Ueberchutz an Gütern für die Hungernden und Frierenden.

Auch bei den Waisen wird noch „gespart“

H.R. Neumark. Eine Mutter, die Wohlthatenempängerin, bezieht für zwei Kinder 3 Mark monatlich. Außerdem sind im Haushalt zwei erkrankte Arbeiterkinder im Alter von 21 und 23 Jahren. Der Gemeindevorsteher hat sich aber nicht um die Bedürfnisse der Kinder gekümmert.

Die Teilnehmer an dieser Sitzung erließen dann auch ein Uebermaß. Es wurde ein Schreiben des früheren sozialdemokratischen Landrats Dr. Ucker verlesen, in dem diktiertlich bestimmt wird, daß die Gemeinde für die Magersteuer von 300 auf 500 Prozent erhöhen soll.

Profeten sollen sich aufhängen

H.R. Jippenhorst. Vor kurzer Zeit wurde ein sturmkrankes Kind in Jippenhorst gestorben. Einer unserer Genossen nahm das Mädchen an. Da das Mädchen nur ein kleines Kind war, mußte es die Erwerbslosenunterstützung erhalten, ging sie zum SPD-Gemeindevorsteher Riebel und bat um eine einmalige Unterführung zu erhalten.

Die Teilnehmer an dieser Sitzung erließen dann auch ein Uebermaß. Es wurde ein Schreiben des früheren sozialdemokratischen Landrats Dr. Ucker verlesen, in dem diktiertlich bestimmt wird, daß die Gemeinde für die Magersteuer von 300 auf 500 Prozent erhöhen soll.

Letzte Kurzmeldungen

Zwei Schwererlebe eines Autounfalls. Das Auto des Oberbergrats Wenzel aus Bad Müritzen geriet an der Straßenkreuzung Seelen-Brandshagen und Grotz-Bildshagen infolge Glätte aus der Fahrbahn.

Torgau. Zwei Todesurteile. Das Schwurgericht in Torgau verurteilte am Freitagabend nach einlässiger Verhandlung den 29 Jahre alten Handarbeiter Walter Dieckmann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe wegen Ermordung seiner Frau.

Nordhansien. Unter dem Druck der Gemeindevorsteherin für die Unterführung zu lassen. Die arbeitenden Arbeiter und Arbeitslosen erhalten 6 Mark, die Unverschämten 8 Mark.

Reich. Spannend zurückgegangen. Ein Geschworenengericht in Reichenberg hat die Angeklagten der Mordanschlags auf den Reichspräsidenten Freytag vom 1. April 1932 freigesprochen.

Kollwitz (Wassiländer Steinfels). Autounfall auf der Landstraße bei Kollwitz. Ein PKW fuhr auf einen PKW auf, infolge derer ein Arbeiter getötet wurde.

Reich. Spannend zurückgegangen. Ein Geschworenengericht in Reichenberg hat die Angeklagten der Mordanschlags auf den Reichspräsidenten Freytag vom 1. April 1932 freigesprochen.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various headlines and snippets of news.

Um die Amnestie betrogen

27 Antifaschisten zu 276 Jahren Zuchthaus verurteilt



Ferdinand Barll, Chemnitz
Todesurteil



Paul Schmidtke, Berlin
10 Jahre Zuchthaus

Oswald Höppner, Hamburg 12 Jahre
 Emil Schmidt, Dresden 12 Jahre
 Franz Hilbrand, Altona 12 Jahre
 Paul Schmidtke, Berlin 10 Jahre
 Walter Püschel, Berlin 10 Jahre
 Artur Popper, Berlin 10 Jahre
 Karl Berger, Berlin 10 Jahre
 Martin Heil, Kaiserslautern 10 Jahre
 Peter Schlabach, Duisburg 10 Jahre
 Rudolf Lukasek, Duisburg 10 Jahre
 Erich Maronde, Köslin 10 Jahre
 Walter Höck, Köslin 10 Jahre
 Hans Seemann, Köslin 10 Jahre
 Paul Derlich, Dönablick 10 Jahre
 Adam Reiß, Nürnberg 10 Jahre
 Johann Nagel, Nürnberg 10 Jahre
 Ludwig Winkelmann, Nürnberg 10 Jahre
 Adam Hein, Nürnberg 10 Jahre
 Andreas Eynödt, Nürnberg 10 Jahre
 Georg Wein, Nürnberg 10 Jahre
 Karl Nieger, Altona 10 Jahre
 Otto Junker, Verden (Aller) 10 Jahre
 Karl Hartgo, Verden (Aller) 10 Jahre
 Otto Mölle, Verden (Aller) 10 Jahre
 Albert Peters, Greifswald 10 Jahre
 Paul Pehrent, Greifswald 10 Jahre
 Karl Klein, Gladbach-Nehdf, 10 Jahre



Emil Schmidt, Dresden
12 Jahre Zuchthaus



Oswald Höppner, Hamburg
12 Jahre Zuchthaus



Peter Schlabach, Duisburg
10 Jahre Zuchthaus



Walter Püschel, Berlin
10 Jahre Zuchthaus



Otto Junker, Verden (Aller)
10 Jahre Zuchthaus



Otto Mölle, Verden (Aller)
10 Jahre Zuchthaus



Karl Berger, Berlin
10 Jahre Zuchthaus

Für alle 9000 die Freiheit!

Ämlich wird mitgeteilt:

„In der Bevölkerung sind auch neuerdings von verschiedener Seite Hoffnungen auf eine umfassendere Amnestie erwacht worden. Die Reichsregierung erklärt, daß eine Amnestierung politischer Straftaten in schroffstem Gegensatz zu ihrer mit den neuen Verordnungen verfolgten Absicht steht, politische Gewalttaten unnachlässig mit den schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Sie wird diesen Standpunkt jedem etwa auftauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck entgegenstellen.“

Diese offizielle Mitteilung der Regierung Papen war als Kommentar dem Erlaß der Terrornotverordnung vom 9. August hinzugefügt worden.

Genau vier Monate später mußte die Regierung einer Amnestie ihre Zustimmung geben, die im strikten Gegensatz steht zur Erklärung Papens im August dieses Jahres.

Die Stellungnahme Papens wurde damals fast von der gesamten Presse Deutschlands gutgeheißen. Wenn heute der Sozialdemokrat Löbe im „Vorwärts“ die Amnestie auf das Konto der SPD zu buchen sucht, so seien die sozialdemokratischen Arbeiter an die Stellung der sozialdemokratischen Presse vor vier Monaten erinnert. Es war gerade das frühere Organ Löbes, die schlesische „Volks-wacht“, die am 11. August die Terrornotverordnung und die Stellungnahme der Regierung mit folgenden Worten begrüßte:

„Endlich, nach langem Zögern, das in keiner Weise zu verantworten war, hat die Reichsregierung Papen sich zu energischen Maßnahmen aufgerafft, um die unter ihrem Regime elgerissenen scheußlichen Zustände zu bekämpfen.“

Das ist nur eine Probe jener Hilfsstellung, die die sozialdemokratischen Führer dem Papen-Regime und ihrer wütenden Stellungnahme gegenüber jeder Amnestie entgegenbrachten.

Wenige Wochen zuvor hatte die sozialdemokratische Preußenregierung unter Mißachtung der mit Mehrheit gefaßten Amnestiebeschlüsse im Preußenparlament mit allen Mitteln die Amnestie hintertrieben. Ja mehr noch. Unmittelbar bevor die Amnestie im Reichstag angenommen wurde, erklärte der sozialdemokratische Ministerialdirektor Neuroth als Vertreter der hessischen sozialdemokratischen Regierung und höchster Beamter im hessischen Justizministerium vor dem Plenum des hessischen Landtages:

„Wir werden den vorliegenden Amnestiegesetzentwurf bei Annahme nicht durchführen. Die Gerichte sind stets bemüht, das Recht zu finden.“

Wenn jetzt nach Annahme des Amnestiegesetzes die sozialdemokratischen Führer auf einmal so tun, als wenn sie Freunde einer Amnestie seien, sich ständig um sie bemüht hätten, so ist es notwendig, festzustellen, daß diese Herrschaften sich die redlichste Mühe gegeben haben, alles zutun, um eine Amnestie zu verhindern.

Aber auch die Hitlerpartei war ganz und gar einverstanden mit den Maßnahmen Papens. Der „Völkische Beobachter“ bejubelte die Terrornotverordnung der Papen-Regierung und deren schroffe Ablehnung der Amnestie. Am 11. August schrieb der „Völkische Beobachter“:

„Endlich hat sich die Reichsregierung entschlossen, dem Treiben dieses Unternehmens die Faust zu zeigen. Wir müssen aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden.“

Wenn trotz all dieser Widerstände eine Teilamnestie zustande kam, so deshalb, weil die Massenbewegung gegen die Terrornotverordnung gegen die Schreckensurteile immer stärkere Formen angenommen hatte.

Die Teilamnestie ist ein Produkt des Massenkampfes, eine Konzession, die der herrschenden Klasse abgerungen wurde. Sie ist ein Ventil, das die Schlicher-Regierung öffnen mußte, nachdem in den letzten vier Monaten nach Erlaß der Terrornotverordnung die Kampfkraft der Massen einen sichtbaren Aufschwung genommen hatte, der sich in Hunderten von Teilstreiks gegen die Notverordnung der Papen-Regierung vom 4. September zuletzt sogar in Protestdemonstrationen und Proteststreiks speziell gegen die Schreckensurteile und die Terrornotverordnung Ausdruck verschafft hatte, und die schließlich in den Wahlzügen der Kommunistischen Partei ihren Ausdruck fand.

Aber es darf kein Zweifel darüber bestehen: diese Amnestie ist eine Teilamnestie. Sie ist ungenügend.

Die 27 Antifaschisten, die im Laufe des letzten Vierteljahres zu 10 Jahren Zuchthaus und zu höheren Strafen verurteilt wurden, unschuldig teils, teils wegen lächerlicher Lappalien, werden weiter im Kerker bleiben, auch wenn einem Teil von ihnen die Strafen selbst reduziert werden.

Hundert von Fällen, die die sogenannte Zersetzung betreffen, fallen überhaupt nicht unter die Paragraphen der Amnestie.

In Tausenden von Fällen werden die Richter, wo vielleicht nur geringfügige Verletzungen vorliegen, Tätungsabsicht konstruieren, und jegliche Anwendung der Amnestie-paragraphen ablehnen. Hierunter fallen besonders Fälle der Abwehr faschistischer Ueberfälle.

Tausende von Kämpfern werden also weiter in Zuchthäusern und Gefängnissen bleiben.

Sie bedürfen unseres verstärkten Kampfes für ihre Freilassung, bedürfen nebst ihren Angehörigen unserer praktischen Solidarität und Hilfe. Das letzte gilt insbesondere auch für die, die nun auf Grund des beschlossenen Amnestiegesetzes mittellos und ohne Entlassung entlassen werden. Ihnen allen durch die Winterhilfsaktion der Roten Hilfe zu helfen, muß die Ehrenpflicht der werktätigen Massen sein.

Die Entscheidung über anhängig gemachte Prozesse, über Strafverurteilung und Freilassung unterliegt dem Ermenen der Richter. Nicht, wie es der kommunistische Antrag vorgesehen hatte, einem Amnestieausschuß des Reichstages.

Hier liegt eine der wichtigsten augenblicklichen Kampfaufgaben der Roten Hilfe, der revolutionären Massen vor:

Allorts durch Amnestie-Ueberwachungsausschüsse etwaige Verschleppungsmanöver der Richter zu verhindern, Antifaschisten freizukämpfen.

Am 12. Dezember wurden die beiden Antifaschisten Oskar Mierke und der Maurer Seidel, der eine vom Sondergericht Berlin, der andere vom Schwurgericht in Waldenburg, mit je 10 Jahren Zuchthausstrafen bedacht. Seidel soll bei einer Zwangsamnestierung aus einer Menge heraus einen Stein geworfen haben, Oskar Mierke sich an einer Schlägerei gegen Nationalsozialisten beteiligt haben.

Was heißen diese Anträge bzw. Urteile unmittelbar nach Erlaß der Amnestie? Eine neue Welle von Schreckensurteilen rollt heran.

Wir werden keinen Augenblick ruhen, den Massenkampf gegen die Klassenjustiz weiterzuführen. Der Teilstreik, der durch den Massenkampf in Gestalt einer halben Amnestie erungen wurde, muß weitergeführt werden.



Erich Maronde, Köslin
10 Jahre Zuchthaus



Paul Pehrent, Greifswald
10 Jahre Zuchthaus



Albert Peters, Greifswald
10 Jahre Zuchthaus



Martin Heil, Kaiserslautern
10 Jahre Zuchthaus



Andreas Eynödt, Nürnberg
10 Jahre Zuchthaus



Ludwig Winkelmann, Nürnberg
10 Jahre Zuchthaus



Rudolf Lukasek, Duisburg
10 Jahre Zuchthaus

Solidarität für die entlassenen Gefangenen! Hilfe für die um die Amnestie Betrogenen!

